

Immer hinterher

Die Kommission zur Aufklärung des Vermögens der alten DDR-Parteien klärt nichts auf.

Die Unabhängige Kommission, die im Auftrag der Bundesregierung das Vermögen von Parteien und Massenorganisationen der Ex-DDR aufspüren soll, ist eine starke Truppe. Sie kann, so will es das Gesetz, Zeugen vernehmen, Häuser durchsuchen und alles beschlagnahmen lassen, was ihr Interesse erweckt.

Tatsächlich macht die Kommission von ihren Rechten keinen Gebrauch. Mehr Nachdruck aber wäre nötig, denn die Ex-DDR-Parteien und ihre Nachfolger – für die SED die PDS, für die Blockparteien die CDU und die FDP – lassen sich Informationen nur mühsam oder gar nicht entlocken.

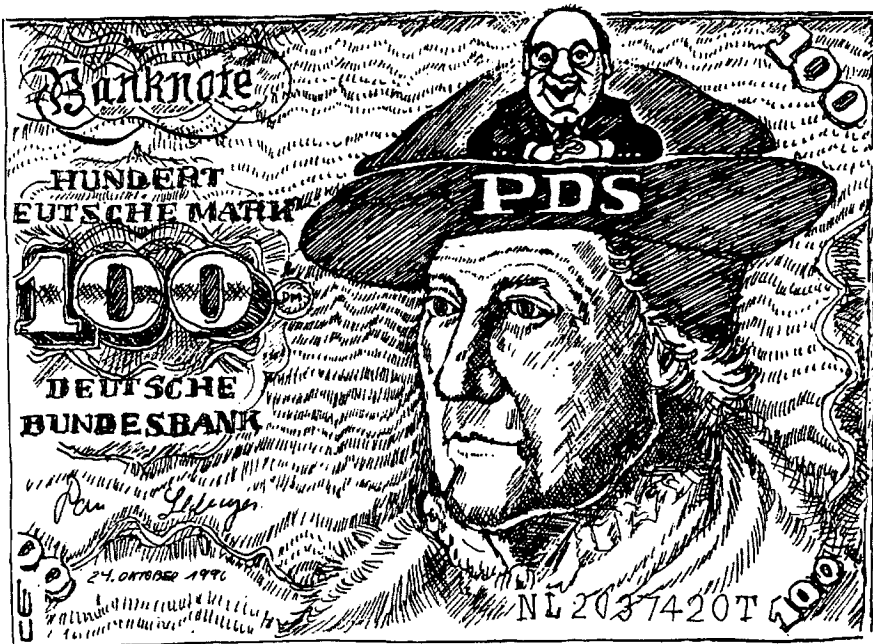
Auch die Bundesregierung zeigt wenig Interesse an dem DDR-Nachlaß. Seit März liegt im Bonner Innenministerium der vertrauliche Zwischenbericht der Kommission vor. Doch die Schäuble-Behörde hat das 47-Seiten-Papier noch nicht an den Bundestag weitergeleitet, wie es der Einigungsvertrag vorschreibt. Man überlege derzeit noch, so bekommen Kommissionsmitglieder zu hören, ob die Regierung ein Vorwort dazu schreiben solle oder nicht.

„Wir sind zum Aushängeschild gekommen“, klagt Kommissionsmitglied Arne Börnsen (SPD).

Das sei der Zweck von Anfang an gewesen, vermutet Reinhard Krämer, der für Bündnis 90/Grüne in der Kommission sitzt. Sie war vom letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière (CDU) eingerichtet worden. Schon ihr erster Vorsitzender, der Ost-Berliner Rechtsanwalt Georg Reinicke, mußte sich als Einzelkämpfer durch die komplizierte Materie schlagen.

„Weder die Regierung noch das Parlament der DDR“, so kritisiert der Zwischenbericht, „stellten für ein Sekretariat und für die Beauftragung von Prüfungsgesellschaften Haushaltsmittel zur Verfügung.“

Die kamen erst, als das Bonner Innenministerium nach der Vereinigung das Kommando übernahm. 162 Stellen wollte Finanzminister Theo Waigel für ein schlagkräftiges Sekretariat bereitstellen. Es solle nach Art einer Geschäftsstelle der Kommission zuarbeiten, verkündete sein neuer Leiter Christian von Hammerstein, ein Jurist aus dem Bonner Innenministerium, und die „tatsächliche Knochendarbeit übernehmen“.



Gysi: „Wir haben Ihr Geld gut versteckt“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Von den 162 Stellen ist nicht mehr die Rede. Derzeit arbeiten 37 Staatsdiener für das Sekretariat, 20 bis 30 sollen noch dazukommen. Geblieben ist, was der Bonner Jurist dezent „ein Strukturproblem“ nennt: Nach dem Gesetz ist die Unabhängige Kommission der oberste Fahnder, das Sekretariat nur Zuarbeiter. In Wirklichkeit aber hat die Hammerstein-Truppe das Sagen.

Das bekam auch der Grüne Krämer zu spüren. Wie sein SPD-Kollege Börnsen versucht er seit Monaten, den SED-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski vor die Kommission zu laden, um ihn nach SED/PDS-Auslandsvermögen zu befragen. Einsicht in die Schalck betreffenden Akten wollte das Sekretariat dem Kommissionsmitglied jedoch nicht gewähren.

Auch Innen-Staatssekretär Hans Neusel unterstützte den Grünen nicht. „Von ihrer derzeitigen strukturellen Anlage her“ sei die Kommission ein „nebenamtlich tätiges Entscheidungsgremium“, während das Sekretariat „den jeweiligen Sachverhalt“ ermittle.

Im Klartext: In ihrer Arbeit müssen sich die Beamten nicht von den Amateuren der Kommission ins Handwerk pfuschen lassen.

Daran finden sogar einige Kommissionsmitglieder Gefallen. Aus DDR-Zeiten sitzen darin auch Vertreter der PDS, der alten DDR-Blockparteien und der Ex-Staatsjugend FDJ. Ein Sozialdemokrat: „Da sind die Vertreter der Täter drinnen, um die eigenen Macheschaften aufzuklären.“

Entsprechend dünn fällt aus, was die Kommission mit Mehrheit in den Zwischenbericht zur Vermögenslage der Parteien geschrieben hat. Das Papier,

kritisiert Börsen, sei „teilweise von einer Ängstlichkeit, die nicht nachvollziehbar ist“.

Schärfere Töne werden selbst dann nicht angeschlagen, wenn Parteien und Massenorganisationen gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. Schon am 20. Juni 1990 hatte die Kommission gefordert, Vermögensberichte mit dem Stichtag 7. Oktober 1989 (dem Anfang vom Ende der DDR) vorzulegen. Fast ein Jahr später lautet ihr resigniertes Fazit: „Vollständige Vermögensberichte zum 7.10.1989 liegen von keiner Organisation vor.“

Unter den Sündern: die Bonner Regierungsparteien CDU und FDP, die sich zudem wegen „ungeklärter Einzelfragen“ weigern, das Blockpartei-Vermögen an die Treuhand abzutreten.

Nicht einmal die PDS wird hart kritisiert. Seit Monaten schon will die Kommission sich vor allem um das verschwundene Auslandsvermögen der Gysi-Partei kümmern. Doch der Bericht enthält nur einen lapidaren Satz dazu: „Die PDS gibt an, über kein Auslandsvermögen zu verfügen, da dieses an den Staat transferiert worden sei.“

Da ist die Kommission Gysi auf den Leim gegangen. Der hatte immer versichert, seine Partei habe ja längst auf das Auslandsvermögen verzichtet. Noch auf ihrer Sitzung am 5. Februar in Berlin lehnte die Kommission einen Antrag Krämers ab, sich mit dem PDS-Auslandsvermögen zu befassen, „aufgrund der Tatsache, daß die PDS auf eventuelles Auslandsvermögen verzichtet hat“. Doch rechtlich Verbindliches hatte niemand in Händen.

Die Erleuchtung kam erst Ende April. Weil jetzt auch die Berliner Be-

hörte sicher war, nicht die Wahrheit gehört zu haben, wurde der PDS ein „letztes Ultimatum“ gestellt, ihr Auslandsvermögen offenzulegen.

„Wir laufen immer hinterher“, beschwert sich Börsen über solche Reinfälle. Er will die Kommission unter ihrem neuen Vorsitzenden, dem Bielefelder Staatsrechtler Hans-Jürgen Papier, dazu bringen, sich „auf eigene Recherchen zu konzentrieren“. Allerdings hat der SPD-Mann Zweifel, daß die Bundesregierung dazu bereit ist.

Vielleicht aber legen auch die Verfassungsrichter in Karlsruhe die Kommission lahm. Ende März hat die PDS Klage dagegen eingereicht, als ehemalige DDR-Partei unter der Knute von Treuhand und Kommission arbeiten zu müssen – das sei mit Artikel 21 des Grundgesetzes unvereinbar.

Dioxin

Spur der Schlacke

Auf Straßen und Plätzen in Westdeutschland werden hochgiftige Verbrennungsrückstände als Baumaterial verwendet.

In der niedersächsischen Gemeinde Sittensen kennen sich die Experten vom hannoverschen Sozialministerium mittlerweile gut aus. Über ein Jahr lang untersuchten Chemiker und Mediziner die Luft und das Wasser des Städtchens im Landkreis Rotenburg.

Wissenschaftler nahmen auf einem örtlichen Ziegeleigelände Bodenproben. Einwohner mußten Fragen nach der Verwendung von Holzschutzmitteln und der Anzahl der Röntgenuntersuchungen beantworten.

Doch monatelang blieb alle Forschung vergebens: Unerklärlich schien, warum in Sittensen binnen weniger Jahre fünf Kinder an Blutkrebs gestorben sind.

Jetzt, so scheint es, sind die Behörden der Lösung des Problems nähergekommen. Auf einem Parkplatz direkt neben der örtlichen Grundschule wurden je Kilogramm Bodenbelag 10 000 Nanogramm (Milliardstel Gramm) des Supergiftes Dioxin gefunden. Nur ein Zehntel der Menge, die in Sittensen auffiel, fand sich 1976 nach der Havarie der Chemiefabrik im italienischen Seveso auf den Feldern, die als „Todeszone A“ galten.

Ob der dioxinhaltige Belag auf dem Parkplatz – Schlacke aus einer Müllverbrennungsanlage – tatsächlich Krankheit und Tod der Kinder in Sittensen verursacht hat, ist noch nicht bewiesen.

Doch Dioxin gilt seit langem als Krebs-erregend. Michael Csicsaky, zuständiger Referent im niedersächsischen Sozialministerium, will einen Zusammenhang deshalb auch „nicht ausschließen“.

Mit der Schreckensmeldung aus der 9000-Seelen-Gemeinde zwischen Hamburg und Bremen sind erneut giftige Rückstände aus Industrieproduktionen ins Gerede gekommen, die – wie in Sittensen – überall in der Bundesrepublik jahrzehntelang auf Bolz- und Parkplätze, auf Schulhöfe, Straßen und Sportanlagen gebracht worden sind.

Ende April mußten bundesweit rund 300 Spiel- und Sportplätze geschlossen werden, weil sie mit Schlacken aus der Kupfergewinnung während des Zweiten

Seveso-Dioxins. Eiligst wiegelte der Senat damals ab. Das Material, dem dioxinverseuchte Flugasche aus der Müllverbrennung untergemischt worden war, sei nur bis 1978 verwendet worden. Danach, so eine Senatsmitteilung vom Oktober letzten Jahres, „entfiel dieses Gefährdungspotential“.

Tatsächlich jedoch kann keine Behörde genau sagen, ob und wo giftige Schlacken noch verbaut wurden. Denn Reste aus Haus- und Industriemüllverbrennung sind längst zur Handelsware geworden, die bis heute überall in der Bundesrepublik verwertet wird. „Wenn Sie es unbedingt so sehen wollen“, formulierte schon 1984 ein Sprecher der Hamburger Baubehörde, „dann können Sie auf allen Straßen und Wegen Hamburgs Dioxin finden.“

Im niedersächsischen Sittensen stammt der giftige Stoff, der nicht nur für den Parkplatz neben der Schule genutzt wurde, von einem Händler aus Stade. Woher der die Giftschlacke hat, ist noch unklar. In Verdacht geraten sind Müllverbrennungsanlagen in Kiel und Berlin.

Niemand kann ausschließen, daß die giftigen Billig-Baustoffe auch vor der eigenen Tür verwendet wurden. Meist läßt sich die Spur der Schlacke gar nicht mehr rekonstruieren. Über die Verteilung des Kieselrot-Materials beispielsweise, von dem über 800 000 Tonnen ausgeliefert wurden, existieren kaum noch Unterlagen. Die Kupferhütte im sauerländischen Marsberg, bei der das giftige Zeug anfiel, existiert längst nicht mehr.

Auf späte Entdeckungen wie in Hamburg oder Sittensen müssen sich so auch die Behörden in anderen Bundesländern einrichten. Es sei zu befürchten, warnten schon die nordrhein-westfälischen Grünen, „daß auch Schlacke aus anderen Bergbau- und Hüttenstandorten mit hohem Dioxingehalt der ‚Verwertung‘ zugeführt wurde“.

Zudem wurde jahrelang – wie in Hamburg – auch in anderen Bundesländern dioxinhaltiger Filterstaub unter die Abfallschlacke gemischt und das giftige Gemix dann als Baustoff verkauft. Baustoffe aus Rückständen der



Vergifteter Schulhof in Sittensen
Rätselhafte Todesfälle

Weltkrieges befestigt worden waren (SPIEGEL 19/1991). Das sogenannte Kieselrot, nach Ansicht des Hamburger Chemikers Michael Braungart die „größte Dioxin-Einzelquelle, die jemals geortet wurde“, ist für den nordrhein-westfälischen Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) eine „typische Kriegsalast“.

Doch was in Westdeutschland nach dem Krieg produziert und bundesweit auf Straßen und Plätzen verteilt wurde, ist wahrscheinlich ebensoschlimm.

So mußten in Hamburg im vergangenen Sommer 13 Kinderspielplätze gesperrt werden, die mit Kohleschlacken gebaut waren: In den Bodenbelägen fanden sich bis zu 1768 Nanogramm des